

**Antrag auf „Verabschiedung einer Resolution im Stadtrat“
zur
„Abschaffung der Beiträge für kommunale Verkehrsanlagen“**

STADT BAD SACHSA			
Eingang:			
11. Jan. 2021			
Bgm	Bgm i. V.	Anlage	
10	20	32	82

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Quade,

die „Gruppe Aktiv für Bad Sachsa und FDP “ beantragt:

Der Rat der Stadt Bad Sachsa möge sich beim Land Niedersachsen gemeinsam mit dem Bürgermeister für die Abschaffung der Beiträge für kommunale Verkehrsanlage und deren Finanzierung aus kommunalen Mitteln, in Anlehnung an den vorformulierten Resolutionsentwurf einsetzen, um die ausfallenden Beiträge der Anlieger durch vollumfängliche Kostenübernahme durch das Land Niedersachsen zu erwirken.

Resolutionsentwurf

Der Rat der STADT Bad Sachsa und der Bürgermeister bitten die Niedersächsische Landesregierung, eine neue Entscheidung zur Übernahme der Beiträge kommunaler Verkehrsanlagen durch den Landesetat zu erwirken.

Begründung:

Die „Gruppe Aktiv für Bad Sachsa und FDP “ tritt dafür ein, Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie die Unternehmen der Stadt Bad Sachsa, von der Belastung durch die Erhebung von kommunalen Straßenausbaubeiträgen für Verkehrsanlagen zu befreien.

Die einzig sinnvolle und für alle Beteiligten gerechteste Lösung ist die grundsätzliche Finanzierung des kommunalen Straßenausbaus aus allgemeinen Steuermitteln des Landes Niedersachsen. Eine Finanzierung auf diese Weise ist mittlerweile in neun Bundesländern umgesetzt worden und hätte im Etat des Landes Niedersachsen bei zuletzt 30 – 40 Millionen Euro lediglich einen Anteil von etwa 0,1 Prozent.

Des Weiteren heißt es im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Artikel 3:

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich*
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.*

Bitte beachten Sie auch, dass über das „Niedersächsische Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge (NBgS)“ zeitgleich diese Resolution in vielen niedersächsischen Stadt- und Gemeindeverwaltungen auf den Weg gebracht wird.

Harald Fieker
Gruppensprecher

(Unterschrift des Unterzeichners)